

Rezensionen (Auswahl) – Volltext siehe unten / Selected reviews – full text see below:

Carsten Jahnke, in: Das Historisch-Politische Buch, 49. Jahrgang, Heft 1, 2001, p. 21.

Heinz Thomas, Gleich und recht gefällt nicht gern. Die feinen Unterschiede: Barbara Frenz sucht nach Spuren paritätischen Denkens in den deutschen Städten des Mittelalters, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12. September 2001, p. 52.

Replik: Der Rezensent setzt mit seinem statischen Verständnis von historischem Sprachgebrauch („gleich“ bedeutet seiner Meinung nach im gesamten Mittelalter „standesgleich“) eine wissenschaftlich überholte Prämisse. Die um 2001 bereits gängige Arbeitsweise der historischen Semantik scheint an seinem deduktiven, faktengeschichtlichen Ansatz vorbeigegangen zu sein. Nicht zuletzt ist dies der Grund dafür, dass er die gedanklichen Grundzüge der Untersuchung nicht erfasst hat und bei deren Bewertung in Details stecken bleibt. Auch wird der Text falsch zitiert: Die „hochgebildeten Zeitgenossen“ werden im vermeintlichen Zitat der Rezension (begrifflich unsinnig) zu „hochqualifizierten Zeitgenossen“. (BF)

Kurt Andermann, in: Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 89. Band, Heft 4 (2002), pp. 462-463.

Pierre Monnet, in: Bulletin d'Information de la Mission Historique Française en Allemagne 2002, pp. 294-297.

Knut Schulz, in : Zeitschrift für Historische Forschung, 30. Band 2003, Heft 2, pp. 304-305.

glorum kündigt und mit dem Begriff Angli ein „englisches“ Zusammengehörigkeitsgefühl propagiert, habe König Alfred für seine politischen Ziele zu nutzen gewußt, wie Schärer plausibel darlegt. – Ein dreizehnseitiges Quellen- und Literaturverzeichnis und ein knapp fünfseitiges Register beschließen die Arbeit. Festgehalten sei, daß das Lesen dieses Buches auch dem im frühen Mittelalter nicht beheimateten Spätmittelalterhistoriker Vergnügen bereitet hat – trotz des spröden Gegenstandes der Untersuchung.

Jan Hirschbiegel

- 24 Barbara Frenz:** *Gleichheitsdenken in deutschen Städten des 12. bis 15. Jahrhunderts.* Geistesgeschichte, Quellensprache, Gesellschaftsfunktion. (Städteforschung, Bd. A/52). 273 S., Böhlau, Köln 2000, 68,- DM.

Einem äußerst komplexen Thema widmet sich Barbara Frenz in ihrer Frankfurter Dissertation zum Gleichheitsdenken in mittelalterlichen deutschen Städten. Die Autorin geht in ihrer Arbeit der Frage nach, ob „Gleichheit“ tatsächlich – so wie in der stadtgeschichtlichen Forschung üblicherweise tradiert – das politisch-sozial konstituierende Element mittelalterlicher Städte war. Der Untersuchungsbereich dieser Arbeit erstreckt sich hauptsächlich auf zwei Bereiche: zum einen auf die geistesgeschichtlichen Hintergründe und die Entwicklung eines Gleichheitsbegriffes, wie er in mittelalterlich-städtischen Quellen nachgewiesen werden kann. Zum anderen auf die tatsächliche oder vermeintliche Umsetzung eines „Gleichheitsgedankens“ in der städtischen Gesellschaft. Als Grundlage der Analyse dienen dabei vor allem Beispiele aus dem süddeutschen Raum, besonders städtische Gemeinschaften im Raum Konstanz, Speyer, Köln, Naumburg und Erfurt. Der Verfasserin gelingt es durch ihre sehr gut belegte Analyse, den traditionellen wissenschaftlichen Topos der „städtischen Freiheit“ als modernes Konstrukt zu hinterfragen. Statt dessen kann sie Entwicklungslinien aufzeigen, deren Ursachen nicht in einem politisch-sozialen Willen, sondern im christlich-religiösen Bereich zu suchen sind. Hierbei spielte vor allem die Genese des „arm-reich“ Gegensatzes eine besondere Rolle. Die Entwicklung der innerstädtischen Gleichheit als bedingendes Element städtischer Gesinnung kann von der Autorin als langsamer Prozeß dargestellt werden, der seinen Ausgang in den Lehren der Mendikanten und im städtischen Friedens- und Gleichbehandlungsgebot nahm, durch innerstädtische Spannungen, vor allem im 14. Jahrhundert, seine Ausprägung erhielt, um dann im 15. Jahrhundert auch sprachlich konstitutiv zu wirken. Die Autorin nimmt sich dieses vielschichtigen Themas mit großer Umsicht an und fundiert ihre Aussagen durch zahlreiche, nicht immer dem Lesefluß zuträgliche Textbelege. Es gelingt ihr, die verschiedenen Handlungsebenen zusammenfassend miteinander zu verknüpfen und so ein facettenreiches Bild zu entwerfen. Die vorliegende Arbeit mit ihrer notwendigen Beschränkung auf die süddeutschen Altsiedelgebiete wird sicherlich die Verwendung des städtischen Gleichheitsbegriffes in der Wissenschaft beeinflussen. Zugleich steht zu hoffen, daß ihr möglichst bald eine Untersuchung für die großen Handelszentren der Kolonisationsgebiete zur Seite gestellt wird.

Carsten Jahnke

- 25 Valentin Groebner:** *Gefährliche Geschenke.* Ritual, Politik und die Sprache der Korruption in der Eidgenossenschaft im späten Mittelalter und am Beginn der Neuzeit. (Konflikte und Kultur – Historische Perspektiven, Bd. 3). 312 S., Universitätsverlag Konstanz, Konstanz 2000, 68,- DM.

Der Untertitel (Ritual, Politik und die Sprache der Korruption in der Eidgenossenschaft im späten Mittelalter und am Beginn der Neuzeit) faßt den Inhalt des gut lesbaren Werkes treffend zusammen. Nach einem Forschungsüberblick geht Groebner

Gleich und recht gefällt nicht gern

Die feinen Unterschiede: Barbara Frenz sucht nach Spuren paritätischen Denkens in deutschen Städten des Mittelalters

In ihrer teils informativen, teils problematischen Frankfurter Dissertation handelt Barbara Frenz über biblische Wurzeln der Ansicht, daß vor Gott alle Menschen gleich seien, über Gleichheit als Kategorie im Denken der Bettelmönche und im Steuerwesen, über Eindämmung von prestigeträchtigem Luxus und über anderes mehr. Im Zentrum steht die Frage, ob es in deutschen Städten des Mittelalters Konzept und Wirklichkeit einer Bürgergleichheit gegeben habe, die auch Verfassungsdenken und -wirklichkeit der Moderne mitbestimmt hätten – oder ob die von dem Neuzeit-Historiker Otto Dann vertretene Ansicht zutrifft, daß nächst dem werdenden Territorialstaat der frühen Neuzeit der Absolutismus als Ausgangspunkt des am Ende des achtzehnten Jahrhunderts zum elementaren Verfassungsbestandteil aufsteigenden Gleichheitsprinzips anzusehen sei.

Otto Dann hat mit einigen seiner Bemerkungen zum Mittelalter Anstoß erregt. Otto Gerhard Oexle, Experte für Gilden, Zünfte und andere Genossenschaften jener Zeit, meinte, zwar habe Dann eingeräumt, daß der Gedanke einer naturrechtlich oder biblisch begründeten Gleichheit aller Menschen im Mittelalter nicht vergessen gewesen sei, zugleich habe er jedoch die ständisch geprägte Ungleichheit herausgestellt, also wohl zu sehr betont. Allerdings möchte auch Oexle Unterschiede zwischen Mittelalter und Moderne nicht leugnen: Man tue gut daran, die mittelalterliche Idee von Gleichheit mit „Parität“ zu kennzeichnen, um sie von moderner „Egalität“ zu unterscheiden.

Aus den verstreuten, nicht immer fehlerfreien Ausführungen zur Quellsprache läßt sich Frenz' Auffassung herauslesen, der fragliche Sachverhalt sei in der Volkssprache fast immer nur adjektivisch oder adverbial umschrieben worden, mit „gelich“ oder „gelichlich“. Die Väter des Grundgesetzes von 1949 sind

zwar ebenso verfahren, jedoch kann der einschlägige Artikel heute problemlos als Gleichheits-Grundsatz bezeichnet werden, während das bis zum Ende des Mittelalters jedenfalls in dieser Form kaum möglich gewesen wäre: Das Substantiv „Gleichheit“ ist in nennenswerter Zahl erst zu Beginn des sechzehnten Jahrhunderts bezeugt. Allerdings gab es zwei andere den Sachverhalt bezeichnende Substantive, „die gelichnus“ und „die (später: das) geliche“. Die Frage, ob die Wortfamilie „gleich“ im Mittelalter dieselbe Bedeutung hatte wie heute, wird nicht eigens erörtert, obwohl Dann sie explizit verneinte: „gleich“ habe die Bedeutung von „standesgleich“ gehabt.

„Gelichnus“ begegnet in der Studie von Frenz nur einmal: 1296 verfügte Herzog Albrecht I. von Österreich, daß auf dem Jahrmarkt zu Wien der Handel nach rechter Satzung des Rates stattfinden solle, gemäß Waage, Zahl, Maß und (gesamtem) Recht, damit dem, der mit anderen handelt, Gesetz, Zuverlässigkeit und „gelihnisse“ gewahrt blieben. Die Autorin fühlt sich bei diesem Dekret an die Nikomachische Ethik des Aristoteles erinnert. So hoch muß nicht gegriffen werden: Den Vorteil keineswegs selbstverständlicher Rechts- und Wettbewerbsgleichheit für fremde und heimische Kaufleute kannten Fürsten und Fernhändler aus eigener Erfahrung, die in gelehrten Traktaten Bestätigung finden mochte, aber kaum auf ihnen gründete.

Außer Handel und Gewerbe gab es andere Bereiche, in denen Gleichheit der Beteiligten oder Betroffenen ein von den schwächeren Gliedern erstrebter, von den Mächtigen nur ungern akzeptierter Zustand war: vor Gericht, aber auch in der Sphäre der Politik. Für die Besetzung von Gremien mittelalterlicher Städte war ein Verfahren üblich, bei dem es auf die Zugehörigkeit zu bestimmten Gruppen ankam. In den von Frenz untersuchten Ordnungen spielte dabei das Be-

griffspaar „reich und arm“ eine maßgebliche Rolle, mit dem zunächst einmal die Gesamtheit der Bürgerschaft bezeichnet werden konnte. Ähnliche Bedeutung hatten auch andere Paarformeln, zum Beispiel „geistlich und weltlich“. Formeln dieser zweiten Art wurden jedoch so gut wie nie mit dem Adjektiv oder Adverb

nach Zahl der zu berücksichtigenden Gruppen sehr komplexe Regelungen, das Prinzip läßt sich jedoch schon am einfachsten Beispiel ablesen: Reiche und Arme teilten sich die Ratsposten in gleicher Weise – den wenigen Reichen wurde die eine Hälfte der Sitze zugeteilt, den vielen Armen die andere. Gemäß Oexles Vor-



Am Salze hängt nicht alles, aber das Salzsieden zählte zu den lehnsrübrigen Privilegien und verschaffte den Pfännern nicht nur Mitbestimmungsrechte, sondern dank der Einnahmen sogar einen dominanten Einfluß im Leben mittelalterlicher Städte. Abb. bpk

„gleich“ gekennzeichnet, während das bei „arm und reich“ fast überall üblich war. Dieses Paar diente vornehmlich zur Umschreibung der politisch relevanten Gruppen einer Stadt, bei deren Vertretung im Rat freilich der Quantität nicht Rechnung getragen wurde. Es gab je

schlag werden diese seit dem dreizehnten Jahrhundert mal in offener Revolte, mal eher friedlich durchgesetzten Ordnungen von der Autorin als paritätisch charakterisiert.

Spannend hätte der zweite Teil des dritten Kapitels ausfallen können, in des-

dann aber von Opponenten im Einvernehmen mit dem Lehnsherrn so unterhöhlt wurde, daß die Genossenschaft um ihre ökonomische und politische Existenz bangen mußte.

Ende Juni 1478 klagte Spittendorf, wie jämmerlich und böswillig Stadt und Bürger von ihren Obersten, die sich des Regiments bemächtigt hätten, um alles gebracht würden, um Ehre, Freiheit und Privilegien; das sei „wider gott, ehre, gleich und recht“. Frenz glaubt nun, daß Spittendorf mit diesen Worten nicht ein Bürgerideal formuliert hätte, sondern eine Christenpflicht. Diese Deutung verfehlt die Pointe. Selbstverständlich hat der Autor die Untaten des Stadtreiments auch als Sünde wider Gott gebrandmarkt, aber ebenso als Verstoß gegen die von ihm an anderer Stelle erwähnten Eide der Amtsleute von Halle, in denen die Wahrung von „gleich und recht“ zu geloben war. Diese in der Klage des Pfänners anklingende Eidesformel war unverkennbar paritätisch geprägt, zielte nicht auf egalitäre Gleichheit sämtlicher Bürger oder gar aller Christen, sondern auf die gemäß „gleich und recht“ garantierten Freiheiten und Privilegien der im Rat vertretenen Gruppen.

Nur wenige Wochen nach Spittendorfs Verzweiflungsschrei wurden die Stadtbürger von Halle auf den sehr langen Weg zu staatsbürgerlicher Egalité getrieben, als der Erzbischof von Magdeburg seine Herrschaft über die Stadt restaurierte und die Privilegien der Pfänner – wie der Volksmund heute sagen würde – „plattmachte“. Spittendorf wurde eingekerkert, gefoltert, hat Streckbank und Schmach nicht lange überlebt. Es gab in jener Zeit manche Vorfälle dieser Art, aber nur wenige, die Otto Danns Sicht der Dinge so trefflich bestätigen wie die Geschichte des vom reichen Pfänner zum armen Mann degradierten Markus Spittenberg aus Halle. HEINZ THOMAS

Barbara Frenz: „Gleichheitsdenken in deutschen Städten des 12. bis 15. Jahrhunderts“. Geistesgeschichte, Quellensprache, Gesellschaftsfunktion. Böhlau Verlag, Köln/Weimar 2000. IX, 273 S., geb., 68,- DM.

einer Zentralbank entwickelt habe, und diese Institutionen hätten es ihm ermöglicht, genug Ressourcen zu mobilisieren, um seinen Großmachtstatus über Jahrhunderte zu bewahren.

Um seine These plausibel zu machen, präsentiert Ferguson fast ausschließlich makroökonomische Argumente, wobei er ein immenses Wissen ausbreitet. Sein Vorgehen birgt allerdings eine doppelte Gefahr. Erstens nämlich bleiben so die relevanten Akteure schemenhaft, und zweitens liegt die Versuchung nahe, die eigentlich ausschlaggebenden Kausalzusammenhänge über der Darstellung statistischer Korrelationen zu vernachlässigen. Gerade dieser letzten Gefahr erliegt der Autor häufiger. In einem der späteren Kapitel präsentiert er beispielsweise ausführlich statistische Daten, die die These zu untermauern scheinen, dass Demokratie und Wirtschaftswachstum korrelierten. Direkt im Anschluss daran stellt er weitere Daten vor, die diesem Anschein widersprechen. Wie man sich den kausalen Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und politischem System im einzelnen aber vorzustellen hat, bleibt dabei völlig im Dunkeln; statt dessen verweist Ferguson auf weitere Faktoren wie die protestantische Ethik und den „Geist der Demokratie“.

Ähnliche Defizite tauchen an vielen Stellen auf. So ist z.B. durchaus plausibel, dass Staaten mit Parlament und Zentralbank leichteren Zugang zu Kapitalmärkten haben als Staaten, denen solche Institutionen fehlen. Der Umstand, dass bestimmte Einrichtungen nützlich sind, ist jedoch keine hinreichende Erklärung für ihre Entstehung. Auch hier wäre eine politökonomische Analyse sinnvoller gewesen als ein bloßer Vergleich statistischer Daten. Insgesamt gelingt es Ferguson, den „Cash Nexus“ beeindruckend zu beschreiben. Der kausale Nexus kommt darüber allerdings zu kurz; diesem Thema wird der Autor nicht gerecht. Am Ende legt der Leser das Buch mit einem merkwürdig unbefriedigten Gefühl aus der Hand.

Berlin

Oliver Volckart

Barbara Frenz, *Gleichheitsdenken in deutschen Städten des 12. bis 15. Jahrhunderts. Geistesgeschichte, Quellensprache, Gesellschaftsfunktion* (Städteforschung. Reihe A: Darstellungen, 52). Böhlau, Köln/Weimar/Wien 2000, IX u. 273 S., € 34,50.

Diese bei Johannes Fried in Frankfurt entstandene (1996/97), für den Druck überarbeitete Dissertation ist ein grundlegender Beitrag zur Geschichte der mittelalterlichen Stadt, durch den manche seit dem 19. Jh. liebgewordenen, in ihrem Idealismus jedoch anachronistischen Vorstellungen zurechtgerückt werden. Ziel der Autorin ist es, das tatsächlich vorhanden gewesene, facettenreiche und wirkungsmächtige mittelalterlich-städtische Gleichheitsdenken „aus geistes- und sozialgeschichtlicher Perspektive und hinsichtlich seiner sprachlichen Explikationsweisen am Beispiel deutscher Städte zu beschreiben“ (S. VIII). Anhand von Quellenaussagen, in denen die Gleichbehandlung und die Gleichstellung von Stadtbürgern ausdrücklich zur Sprache kommen, arbeitet sie heraus, welche Inhalte, Funktionen und geistesgeschichtlichen Aspekte Gleichheit – die als substantivischer Begriff freilich erst seit der Frühen Neuzeit belegt ist – in der städtischen Gesellschaft hatte und was Stadtbürger und Stadtherren sich darunter selbst vorgestellt haben. Im Zentrum der Untersuchung stehen die Fallbeispiele Speyer und Konstanz; darüber hinaus findet das Städtewesen des ganzen mittelalterlichen Reiches Berücksichtigung, wiewohl es sich bei dem in Frage stehenden Gleichheitsdenken offenbar vorwiegend um ein oberdeutsches Phänomen handelte. In einem ersten Schritt wird das mittelalterlich-bürgerliche Gleichheitsdenken „quellensprachlich und geistesgeschichtlich verortet“; zumeist begegnet es in der Formel *arm und reich*, die der Personalisierung und Konkretisierung des gemeinen Nutzens diene, aber nicht nur vordergründig ökonomisch zu deuten ist. Sodann werden die verschiedenen Aspekte des Gleichheitsdenkens erörtert und hinsichtlich ihrer sozialen Funktion befragt, und schließlich kommen Autoren des hohen und späten Mittelalters zu Wort, in deren Werk die

Gleichheit von Bürgern auf diese oder jene Art thematisiert ist. Im Ergebnis erweist sich Gleichheit in mittelalterlichen deutschen Städten als ein Ordnungsprinzip, das soziales Handeln weniger legitimierte als regulierte; in Speyer und Konstanz war sie seit dem 14. Jh. eine Folge sozialer Mobilität und daraus resultierender durchgreifender Änderungen im Stadtrecht, konkret des Zusammenwirkens von Patriziern und Nicht-Patriziern im Rat. Bei der so oft und gern beschworenen städtischen „Bürgergleichheit“ handelt es sich um einen modernen Kunstbegriff; mittelalterliche Stadtbürger waren nur „als christlich regierte Untertanen und als friedliebende Freunde gleich.“

Stutensee (Blankenloch)

Kurt Andermann

Willibald Katzinger (Hrsg.), *Zeitbegriff. Zeitmessung und Zeitverständnis im städtischen Kontext* (Beiträge zur Geschichte der Städte Mitteleuropas, XVII). Österreichischer Arbeitskreis für Stadtgeschichtsforschung, Linz/D. 2002, 135 S., € 27,-.

Dieser Wilhelm Rausch gewidmete Tagungsband vereint sechs Referate, die anlässlich eines Symposiums in Wels im Jahre 2000 gehalten worden sind. Aus sehr unterschiedlichen Perspektiven werden die Wechselwirkungen zwischen Zeitbetrachtung, -erfassung und -messung und der städtischen Entwicklung seit dem Mittelalter essayistisch behandelt. Den Auftakt bilden Heribert Illigs provokante Thesen zum städtischen Zeitverlust im frühen Mittelalter. Aus der für die karolingische Epoche gut belegten Fundarmut folgert er deren fiktiven Charakter, ohne sich von der aus aussereuropäischen Quellen auch weltgeschichtlich ersichtlichen Existenz dieses Zeitraums beirren zu lassen. Peter Dinzelsbacher zeigt beispielhaft die allmähliche Verdrängung eines „natürlichen Zeitzyklus“ in den Städten des Mittelalters, während Reinhold Reith einen materialreichen Überblick über die allmähliche Differenzierung der Arbeitszeitregelungen in Abhängigkeit von den Lohnformen gibt. Erhard Chvojka untersucht anhand gut recherchierter Zunftordnungen die symbolische Zeitordnung des frühneuzeitlichen Handwerks, in der sich Pünktlichkeit als „symbolisches Kapital“, als bürgerliche Tugend entwickelte. Helmut Lackner gibt eine anschauliche Schilderung der Zeitverdichtung und Beschleunigung im Industrialisierungsprozess, aber auch gegensätzlicher Verlangsamungstendenzen z.B. bei Arbeitslosigkeit. Den Abschluss der anregenden Publikation bildet Hartmut Petzolds Gegenüberstellung von öffentlicher und privater Nutzung der Uhr am Beispiel der christliche Welt sicht repräsentierenden Großen Uhr in der Rostocker Marienkirche und des Uhrenmanufaktur- und -handel betreibenden Genfer Stadtbürgertums.

Bonn

Friedrich Fürstenberg

Roland Marti (Hrsg.), *Grenzkultur – Mischkultur?* (Veröffentlichungen der Kommission für Saarländische Landesgeschichte und Volksforschung, 35). Kommissionsverlag SDV, Saarbrücken 2000, 397 S. (9 Abb.), € 55,-.

Im Mai 1999 stellte die Philosophische Fakultät der Universität des Saarlandes in einem Symposium Ergebnisse aus dem Forschungsschwerpunkt „Grenzregionen und Interferenzräume“ vor, die nun, in einem Sammelband vereinigt, einem breiten Fachpublikum präsentiert werden. Einleitend faßt Roland Marti die fünfzehn – der interdisziplinären Ausrichtung des Forschungs-komplexes gemäß – aus den Bereichen Geschichte, Soziologie/Geographie, Sprach-, Literatur-

sique et discuté (cf. en France l'ancienne thèse de droit de P. Daudet, absente de la bibliographie). Il faut noter cependant qu'une fois encore, l'auteur refuse de se contenter du champ juridique et met en lumière l'intérêt trouvé par l'aristocratie à instrumentaliser les théories de l'Église pour la sauvegarde d'intérêts personnels. Elle conteste par ailleurs que l'Église ait voulu promouvoir l'idée d'un mariage par consentement mutuel. Le traitement du vocabulaire des sentiments et des émotions reste assez traditionnel, et lui permet de renforcer son propos en cristallisant les couples mariage/ *dilectio* et concubinage/ *amor*, partage qui est en question dans l'historiographie actuelle.

L'intérêt de cette étude pour des chercheurs francophones réside essentiellement dans le point fait sur la bibliographie allemande traitant du mariage au haut Moyen Âge. On peut y ajouter l'expression d'un point de vue allemand sur des sujets connexes au concubinage qui sont au cœur de la recherche des historiens de langue française actuellement, comme l'union des esclaves (traitée de façon nouvelle par I. Réal dans sa thèse publiée en 2001) ou l'honneur des femmes (cf. le livre de N. Pancer, 2001). Le cadre de la thèse a cependant forcé A.E. à se contenter d'effleurer ces sujets et l'a amenée à limiter le développement des analyses de cas (sauf quelques dossiers comme ceux du canon 17 du premier concile de Tolède ou du divorce de Lothaire II, qui a déjà donné naissance à une importante bibliographie ces dernières années).

Sylvie JOYE

Barbara FRENZ, *Gleichheitsdenken in deutschen Städten des 12. bis 15. Jahrhunderts*, Köln/Weimar/Wien : Böhlau (Städteforschung, A-52), 2000, 274 p., 34,50 €.

Wilfried EHBRECHT, *Konsens und Konflikt. Skizzen und Überlegungen zur älteren Verfassungsgeschichte deutscher Städte*, Köln/Weimar/Wien : Böhlau (Städteforschung, A-56), 2001, 486 p., 50 €.

Les spécialistes d'histoire urbaine connaissent bien cette collection intitulée « Städteforschung », série reconnaissable à sa couverture brune, éditée par l'institut d'histoire urbaine comparée de Münster (voir sa présentation dans *BullMHFA*, 37, 2001, p. 133-135).

Le premier ouvrage pose la question des bases politiques, philosophiques et juridiques de l'idée d'égalité entre les citoyens d'une communauté urbaine au Moyen Âge. L'auteur part d'abord du constat paradoxal suivant lequel l'historiographie moderne, spécialement celle du positivisme bourgeois du XIXe s., avait érigé la ville médiévale en îlot de modernité et d'égalité dans un océan de féodalité et de rapports inégaux de force ; alors que tout porte à croire que jamais les citadins même des XIIIe-XVe s ne sont

perçus ainsi, ni dans les chroniques ni dans les textes normatifs dont l'historien dispose. Et pourtant, l'*aequalitas*, la *paritas*, furent une revendication constante des révoltes citadines, une exigence sans cesse rappelée par l'Église, une mesure érigée par les philosophes et les théologiens en horizon de la vie en communauté. De cette manière, elle apparaît bien comme une composante fondamentale de ce principe d'ordre de base de la société médiévale que fut le Bien Commun et dont on peut regretter que l'auteur n'en ait pas assuré une meilleure articulation au concept de son étude. On saura gré en revanche à B.F. d'avoir mené une étude de sémantique historique très neuve et stimulante sur l'évolution du couple notionnel *arm/reich* dans les sources entre 1150 et 1500, couple qu'elle observe du point de vue de sa force spirituelle et biblique (associée ainsi à de nombreuses hérésies de portée sociale en Europe, du wyclifisme au hussisme), mais qu'elle observe également à l'aune de son « efficace » politique, en termes de chartes de privilège, de constitution du Conseil, de régime fiscal, de politique hospitalière et caritative, d'ordonnances somptuaires et de police. La revendication d'égalité, que l'on ne saurait comprendre au sens politique moderne du terme car elle ne s'appuie pas au Moyen Âge sur la définition de la liberté, occupe bien une fonction sociale, servant à réguler avant tout les relations et les comportements entre les groupes et les personnes au sein de la société urbaine. À l'image du Bien Commun, dont nous pensons qu'elle dérive en vérité, l'exigence d'égalité sert à la fois à ouvrir et à clore les conflits urbains, tels qu'observés à Spire et à Constance au cours du XIVe s. On regrettera ici de ne pas mieux voir formulée la manière dont l'idée d'égalité civique peut être mobilisée, par les élites qui restent en place, au service d'un retour à l'ordre pas plus égalitaire qu'avant le déclenchement de la crise. En d'autres termes, on aurait aimé voir l'idéologie si bien détaillée du principe d'égalité confrontée à la réalité du partage et de l'exercice du pouvoir au sein de la ville médiévale. Cet exercice aurait alors conduit l'auteur à ouvrir un peu chronologiquement son sujet et à intégrer l'étude des troubles urbains du XVe s. dont le paroxysme n'est pas étranger à une radicalisation qui, au XVIe s., trouvera pour une part son expression dans la Réforme et l'intervention extérieure des princes dans les affaires urbaines, qui constitueront l'une et l'autre un renversement complet du principe d'égalité (pas plus « moderne » pour autant !) que justement la ville tardo-médiévale n'était finalement pas parvenue à mettre en place. Il n'en demeure pas moins que l'on retiendra de la démonstration l'idée selon laquelle la notion d'égalité entre citoyens continue en 1500 de dériver de la pensée chrétienne et non pas d'une théorie politique moderne et « laïque » de la *civitas/civilitas*. La ville médiévale, et l'on suivra l'auteur sur cette pente, continuait de chercher à

appliquer le modèle de la *societas christiana* (la parité entre amis) et non à inventer une nouvelle éthique de vie ou d'organisation politique qui annoncerait déjà la modernité des sociétés libérales et « égalitaires ».

Le second volume tranche dans la collection jusqu'à présent constituée pour l'essentiel de monographies et actes de colloques, puisqu'il regroupe le meilleur des articles publiés depuis 1974 par W.E., grand spécialiste des villes médiévales allemandes, particulièrement de l'espace hanséatique, et bien connu pour ses travaux sur les conflits urbains. Le recueil des articles choisis s'ordonne autour de trois pôles balançant entre consensus et conflit pour reprendre le titre de l'ouvrage : le premier qui touche à la cohabitation des groupes sociaux en ville, le second qui traite plus spécifiquement des conflits dans les cités du Nord de l'Empire entre 1300 et 1520, le dernier enfin qui pose la question de l'identité urbaine. En dépit d'une forme différente, le recueil présente plusieurs points communs avec le livre de B.F. (qui cite d'ailleurs abondamment W.E.) en matière de fondements de l'idéologie citadine médiévale.

Le premier ensemble prend donc pour objet d'étude les regroupements sociaux au sein de l'espace urbain qui, de tous les lieux de la société médiévale, est celui qui fait cohabiter le plus grand nombre d'activités et de conditions. La thèse majeure est celle d'un ensemble de regroupements, de solidarités et de conjurations (guildes, confréries, sociétés d'élite) dont le but est la préservation de la paix urbaine qui repose sur le pacte civique d'une part et sur la conscience que les groupes ont d'autre part et d'eux-mêmes et de leur place au sein de la communauté civique de paix, laquelle trouve aussi son prolongement dans des ligues plus ou moins lâches et formelles qui combinent à la fois la petite région (villes de Saxe) et le cercle plus diffus et variable de la Hanse. Il revient en particulier aux élites dirigeantes d'assurer cette double paix, sociale dans les murs et interurbaine au-delà dans un jeu compliqué avec les pouvoirs territoriaux princiers. C'est bien pourquoi la deuxième et plus importante partie du recueil s'intéresse aux nombreux conflits qui éclatèrent dans les villes septentrionales aux deux siècles finaux du Moyen Âge (Brunswick, Erfurt, Halberstadt, Soest). Le conflit y est ici présenté comme une mise à l'épreuve de tout le système urbain et non comme une attaque de nature sociale et économique contre les seules couches dirigeantes. De cette mise à l'épreuve sort une refondation du pacte communautaire, souvent au bénéfice des mêmes élites certes mais qui doivent tenir compte de la fragilité et de la complexité de l'édifice social qui leur est ainsi rappelé à l'esprit, souvent d'ailleurs par l'Église et les clercs (et c'est une des grandes originalités de la démonstration que de réhabiliter le rôle du clergé et des ordres urbains dans le processus des révoltes et du retour à la paix qui est toujours une forme ri-

tualisée de paix de Dieu...). L'un des moyens de règlement des conflits d'une part et de prolongation du pacte citadin de l'autre fut l'orchestration d'une mémoire propre à la ville, jouant des référents locaux, régionaux et impériaux dans une combinatoire riche et variée, et réactualisée par les processions, les bannières, les cloches, le culte des saints patrons, la rédaction de chroniques urbaines. C'est sur ce chapitre que le livre, recueil dont la cohérence fait croire après coup à un véritable ouvrage, est le plus court et demanderait d'autres prolongements.

Pierre MONNET

Michael GSSERT, *Kulturtransfer durch Fernhandelskaufleute. Stadt, Region und Fernhandel in der europäischen Geschichte. Eine wirtschaftshistorische Untersuchung der Beziehungen zwischen wirtschaftlichen Vorgängen und kulturellen Entwicklungen anhand von Karten*, Frankfurt am Main : Peter Lang (Europäische Hochschulschriften, Reihe III Geschichte und Hilfswissenschaften, 915), 2001, 378 p., 50,10 €.

Derrière le titre un peu compliqué mais prometteur de ce livre issu d'une thèse en histoire économique soutenue à l'université de Lunebourg, se tient l'idée suivant laquelle les marchands du commerce lointain ont occupé une fonction éminente d'intermédiaires culturels entre les XIIe et XVIe s. Ce lien entre routes commerciales et routes culturelles avait déjà été entrevu par les contemporains eux-mêmes, précocement même si l'on en croit le passage célèbre et souvent cité d'un texte de Hugues de Saint-Victor (mort en 1141) qui souligne la contribution du marchand dans « le rassemblement des peuples, l'atténuation des conflits, le renforcement de la paix ». Si le livre pense bien à citer cet extrait, il omet de donner par exemple les dates de son auteur, la référence exacte du passage (*Eruditionis Didascalicae* II, 24 : Migne, *Patrologie latine*, vol. 176, col. 761) et surtout de restituer le contexte de l'œuvre qui marque la mise en forme d'une pensée économique par les théologiens qui s'épanouira au XIIIe s. dans le discours scolastique. De telles réserves pourraient d'ailleurs en maints endroits concerner l'ensemble du livre qui réalise bien d'un côté tout l'intérêt qui consiste à croiser les approches de l'histoire économique, de l'histoire culturelle et d'une histoire de la communication, mais peine souvent à mettre en œuvre une problématique d'historien fondée sur les sources et consciente de l'historicité des modèles d'interprétation mobilisés. Parmi ces derniers, on trouvera plusieurs fois soulignée l'hypothèse d'une accélération progressive des échanges économiques et des transferts culturels à mesure que l'on approche de la modernité, vision quasi positiviste qui méconnaît le rythme propre des poussées et des reculs d'innovation d'une région à l'autre et d'un siècle à l'autre. Cette hypothèse se trouve

Die Verfasserin sieht durch ihre Studien die Aussagen der Forschung (vgl. vor allem Jack Goody) über den Zusammenhang zwischen Verschriftlichung und der Zunahme von Differenzierung und Präzision bei vertraglichen Vereinbarungen bestätigt (15, 299 f.). Es ist ihr gelungen, diesen Konnex anhand zahlreicher Aspekte zu veranschaulichen. Als ein weiteres wesentliches Ergebnis ihrer Arbeit ist die Bewertung von Strategien der Konfliktbewältigung herauszustellen, die, oberflächlich betrachtet, unbefriedigend erscheinen, da sie keine dauerhafte Lösung bringen konnten. Gegenüber einer solchen negativen Einschätzung würdigt Garnier diese Maßnahmen „als durchaus rationales Vorgehen der Konfliktregulierung“ (131), das zumindest zeitweilig eine friedliche Koexistenz ermöglichte. Auch indem sie die Geschicklichkeit und Anpassungsfähigkeit der Vertragspartner im Umgang mit einem breiten Repertoire an Handlungsmöglichkeiten unterstreicht, vermag sie manches überkommene Urteil zu revidieren.

Cordula Nolte, Wuppertal

Frenz, Barbara, Gleichheitsdenken in deutschen Städten des 12. bis 15. Jahrhunderts. Geistesgeschichte, Quellsprache, Gesellschaftsfunktion (Städteforschung, A 52), Köln / Weimar / Wien 2000, Böhlau, IX u. 273 S.

Die bei J. Fried und G. Dilcher entstandene und im Wintersemester 1996/97 in Frankfurt am Main angenommene Dissertation behandelt für einen Zeitraum von 400 Jahren ein ebenso zentrales wie kompliziertes Thema mit einer Schwerpunktbildung auf den Bischofsstädten Speyer und Konstanz in der Einzelanalyse, aber unter genereller Einbeziehung des deutschen Städtewesens. Vor allem wird der Städtereion am Rhein vom Bodensee bis zum Niederrhein Aufmerksamkeit geschenkt. Ausgangspunkt ist die Grundsatzfrage, ob bzw. inwieweit bürgerliche Gleichheit als Norm oder leitendes Prinzip im Sinne privatrechtlicher Gleichbehandlung im Mittelalter wirksam gewesen ist, wie es Wilhelm Ebel und ihm folgend manche rechtshistorischen Arbeiten formuliert haben. Die Antwort auf diese Frage ist ihre Zurückweisung und Verneinung. Schon die Tatsache, daß bis zum 15. Jahrhundert kein substantivischer und inhaltlich eindeutiger Gleichheitsbegriff in städtischen Zeugnissen anzutreffen ist, gibt Anlaß zu andersartigen Überlegungen, vor allem der Vermeidung moderner Bezüge und konzeptioneller Vorgaben. Statt dessen wird die Quellenanalyse aus dem jeweiligen Zeithorizont vorgenommen und ein Kriterienbündel erarbeitet, das die verschiedenen Sichtweisen mittelalterlicher Autoren bzw. die Stufen des Entwicklungsprozesses hervorretten läßt. Die Untersuchung ist in drei Kapitel gegliedert. Sie analysiert zuerst das Gleichheitsdenken unter quellenbegrifflichen und geistesgeschichtlichen Aspekten, fragt sodann in dem umfassenden zentralen Kapitel nach der gesellschaftlichen Funktion „normativer Gleichbehandlung“ und präsentiert schließlich einige Konzepte und Entwürfe vom bürgerlichen Gemeinwesen des 12. bis 15. Jahrhunderts mit ihren sich wandelnden Vorstellungen von Bürgergleichheit.

Grundsätzlich ist festzuhalten, daß Gleichheitsdenken in den Städten nicht die ständische Homogenität von Trägern spezifischer Rechte (Bürgerfreiheiten) beinhaltet, sondern von „christlichen Grundwerten“ (234) ausging, die im sozialen Deutungsschema „arm und reich“ (= alle Menschen) zum Ausdruck kommen und Gleichbehandlung als göttliches Gebot begreifen, wie es von Gregor dem Großen über Isidor von Sevilla bis hin zu Eike von Repgow tradiert wird. Bei der Konzentration auf den städtischen Rechtskreis wird – deutlicher seit dem 14. Jahrhundert – der politische Aspekt bürgerlichen Gleichheitsdenkens erkennbar, der die Verhinderung von Kon-

flikten politischer Gruppen im Auge hat, also dem städtischen Friedensgebot verpflichtet ist. Die Beseitigung von Ungleichheiten bedeutet danach Konfliktvermeidung mit dem Ziel von „pax“ und „amicitia“. Der Bezugsrahmen wandelt sich im Laufe des 14./15. Jahrhunderts von der allgemeinen Formel „arm und reich“ zu der Unterscheidung politisch-gesellschaftlicher Gruppen in der Stadt („Geschlechter“ und „Zünfte“ etc.). Die sozialen Konflikte des Spätmittelalters und mehr noch die Bemühungen um ihre Beilegung lassen erst eine spezifisch städtische Gleichheitsvorstellung entstehen. Bis zum 13. Jahrhundert erfolgt in der Stadt nur eine Verrechtlichung der Grundsätze von Gleichheit, wie sie Kirchenväter, Theologen und Kanonisten als eine Konsequenz der Gleichheit der Menschen vor Gott begriffen und gelehrt hatten. Zu dieser stadtrechtlichen Umsetzung trugen Mendikanten wie Berthold von Regensburg und Albertus Magnus erheblich bei.

Der andere Strang des stadtbürgerlichen Gleichheitsgedankens, nämlich der der politischen Teilhabe aller Bürger, der auf der genossenschaftlichen Tradition (Gilde, Coniuratio, Communio) von Parität beruhte, bleibt für die wesentliche Umbruchphase vom 11. zum 12. Jahrhundert in der Analyse vergleichsweise gering beleuchtet. Wie und mit welchen Konsequenzen diese Verbindung von Gleichheitsvorstellungen im Sinne christlicher Ethik und genossenschaftlicher Prinzipien zustande kam, an Intensität vielleicht auch zwischenzeitlich wieder verlor, ist in diesem thematischen Zusammenhang der Gleichheitsproblematik gewiß von großem Interesse. Insgesamt bietet die Untersuchung eine klare Analyse und schrittweise Konzipierung eines vielseitigen Bildes vom städtischen Gleichheitsdenken. Damit ist dieses große und wichtige Thema aus der Sackgasse herausgeführt und in einen angemessenen und anspruchsvollen Diskurs hineingestellt worden.

Knut Schulz, Berlin

Hoensch, Jörg K., Die Luxemburger. Eine spätmittelalterliche Dynastie gesamteuropäischer Bedeutung 1308 – 1437, Stuttgart 2000, Kohlhammer, 368 S.

Es ist wohl nicht möglich, auf vergleichbarem Raum mehr Informationen zu bieten als in diesem Versuch, die Dynastie der Luxemburger erstmalig in ihrer Gesamtheit darzustellen. Jörg K. Hoensch, durch Studien über Kaiser und König Sigmund hervorgetreten, schildert fast wie in einem griechischen Drama Aufstieg, Zenit und Niedergang der bedeutendsten Herrscherfamilie des späten Mittelalters. Die Kaiser Heinrich VII., Karl IV. und Sig(is)mund sowie der böhmische König Johann d. Blinde und der römische und böhmische König Wenzel (Václav IV.), die die Geschichte des Imperium Romanum im 14. und frühen 15. Jahrhundert wesentlich mitbestimmten, werden in ihren Erfolgen und Fehlschlägen, ihren Gesamtkonzepten und Einzelmaßnahmen allgemeinverständlich präsentiert. Großes Gewicht legt Hoensch hierbei auf die genealogischen, charakterlichen und moralischen Aspekte der Herrscher in ihrer jeweiligen individuellen Gestalt. Er läßt die großen reichsgeschichtlichen Ereignisse, vom Romzug Heinrichs VII. über die „Goldene Bulle“ Karls IV. und die Absetzung Wenzels bis zum Konzil von Konstanz, in zuverlässiger, komprimierter Form Revue passieren und widmet sich auch in einem Extrakapitel den wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, kulturellen und geistigen Veränderungen dieser Zeit. Es versteht sich von selbst, daß die Regenschaften der beiden konkurrierenden Wittelsbacher, Ludwigs IV. (des Bayern) und Ruprechts III. (von der Pfalz) einbezogen werden. Um dem gesamteuropäischen und transepochalen Wirken der Luxemburger gerecht zu werden, wirft Hoensch immer wieder Seitenblicke auf das Papsttum in Avignon und Rom, auf Oberitalien, Burgund, Böhmen, Mähren, Polen, Ungarn und natürlich auf